



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Markt 10-12, 53111 Bonn
(April 2009)

Die SPD und ihre Steuern

Die SPD hat ihr Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2009 vorgelegt. Darin spielen Vorschläge zur Steuerpolitik eine zentrale Rolle. Dazu einige Fakten:

1) Zur Steuerglaubwürdigkeit der SPD

2005 bestritt die SPD ihren Bundestagswahlkampf mit massiver Polemik gegen die von der CDU vor der Wahl als notwendig angekündigte Erhöhung der Mehrwertsteuer um 2 Prozent. Die SPD rief die Wähler auf, gegen diese „Merkel-Steuer“ zu stimmen. Nach der Wahl setzte die gleiche SPD eine Mehrwertsteuererhöhung um 3 Prozent durch.

2) Zur Steuergerechtigkeit der SPD

In ihrem Wahlprogramm verspricht die SPD einen Lohnsteuerbonus von 300 Euro, wenn man auf eine Lohnsteuererklärung verzichtet. Sie verschweigt, dass z. B. Bezieher von Arbeitslosengeld I, Empfänger der Arbeitnehmersparzulage, der Pendlerpauschale, ehrenamtlich Tätige und viele andere davon ausgeschlossen sind. Sie erhalten ihre Steuererleichterungen nur, wenn sie eine Steuererklärung abgeben.

3) Zur Steuerkompetenz der SPD

Die SPD will mit einer nationalen Börsenumsatzsteuer vorpreschen. Sie ignoriert damit z. B. die schwedische Erfahrung. Dort war die Börsenumsatzsteuer Mitte der achtziger Jahre eingeführt und 1992 wieder abgeschafft worden. Ursprünglich hatten die Schweden 165 Mio Euro einnehmen wollen, im besten Jahr waren es aber lediglich neun Mio Euro gewesen. Der Börsenhandels verlagerten sich z. B. nach London, wo zwar eine Börsenumsatzsteuer existiert - aber auch zahlreichen Ausnahmeregelungen.

4) Zur Steuerentlastung der SPD

Die Vorschläge der SPD zur Veränderung des Steuertarifs entlasten nach Berechnungen des Bundes der Steuerzahler einen ledigen Arbeitnehmer mit einem Jahresbruttoarbeitslohn von 13.000 Euro um 4,50 Euro pro Monat entlastet würde. Bei einem Bruttoverdienst von 25.000 Euro liegt die Entlastung bei neun Euro monatlich.

5) Zur Steuerblindheit der SPD

Konsequent verweigert sich die SPD einer Entlastung der mittleren Einkommen, von deren Leistungsbereitschaft und Leistungskraft unser Staat lebt. Aber immer mehr Steuerpflichtige wachsen durch die sog. „kalte Progression“ in immer höhere Steuersätze. Sie zahlen höhere Steuern ohne dass bei ihnen die Kaufkraft zugenommen hat. In der Sozialen Marktwirtschaft geht es nicht nur um die Leistungsempfänger, sondern auch um die Leistungserbringer. Beide Gruppen im Blick zu halten unterscheidet Union von der SPD.